

Zum Selbstverständnis von Stiftungen in der Engagementförderung

Karin Haist

Seit dem Jahr 2010 treffen sich Stiftungen, die Bürgerengagement fördern, regelmäßig im »Forum Engagementförderung«, einer Vernetzungsplattform unter dem Dach des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Das Forum Engagementförderung will Experten und Entscheidungsträger aus Stiftungen zum fachlichen Austausch von Beispielen guter Praxis und von möglichen Förderstrategien anregen. Gemeinsam sollen Zukunftsperspektiven entwickelt, neue Einsatzlandschaften lokalisiert und ggfs. auch Kooperationen angestoßen werden. Darüber hinaus möchte das Forum auch andere anstiften, die Chancen, die sich mit der Förderung von Bürgerengagement verbinden, wahrzunehmen. Das Forum Engagementförderung unter dem Dach des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen wird von der Körber-Stiftung geleitet.

Am 17. Januar 2012 tagte das Forum Engagementförderung zum 3. Mal im KörberForum in Hamburg. In diesem Jahr beschäftigten sich die anwesenden Vertreter der deutschen Stiftungslandschaft mit der Rolle von Stiftungen im Spannungsfeld von Bürgergesellschaft und Staat. Das Positionspapier »Mehr Bürgergesellschaft wagen! Stiftungen in der Engagementförderung« stellte die Diskussionsgrundlage für die Tagung dar. Es wurde im Laufe des Jahres 2011 von einer kleineren Strategiegruppe engagementfördernder Stiftungen als Antwort auf die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung erarbeitet, in der Stiftungen ausdrücklich als gewünschter Kooperationspartner adressiert werden. Es beinhaltet die Formulierung eines Selbstverständnisses, eine Bewertung der Nationalen Engagementstrategie aus Stiftungssicht sowie die Definition möglicher Handlungsfelder einer Kooperation mit staatlichen Stellen.

Das Positionspapier fordert eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit staatlichen Akteuren. Dabei soll es Aufgabe der Politik bleiben, für die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu sorgen und die Grundsicherung einer Infrastruktur für Engagement zu gewährleisten. Das vollständige Papier finden Sie auf den Seiten des Bundesverbandes und der Körber-Stiftung (<http://www.koerber-stiftung.de/gesellschaft/weitere-arbeitsfelder/forum-engagementfoerderung/treffen.html>).

Vor dem Hintergrund großer gesellschaftlicher Herausforderungen – wie etwa der Wirtschaftskrise, sozialen Verwerfungen oder dem demografischen Wandel – verständigen sich engagementfördernde Stiftungen in diesem Papier auf das Leitbild einer lebendigen Bürgergesellschaft. Sie wollen einen substantiellen Beitrag leisten zur Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Da die Engagementförderung von

Stiftungen gemeinnütziges Handeln und gesellschaftspolitische Partizipation im Blick hat, ist in ihrem Verständnis Engagement immer auch mit der Mitsprache und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbunden.

Selbstverständnis engagementfördernder Stiftungen

Stiftungen verstehen sich demnach als unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure, die bei der Engagementförderung zur strategischen Zusammenarbeit mit der Politik bereit sind, dabei aber nicht »im Auftrag« oder als »Ersatz-Dienstleister« des Staates agieren. Stiftungen sind nicht ins politische Tagesgeschäft eingebunden; sie können daher frei von Zwängen agieren, die staatliche Akteure stets berücksichtigen müssen. Der staatlicherseits womöglich gehegten Hoffnung, Stiftungsvermögen könne die Förderleistungen der stets »klammen« öffentlichen Hand auch nur ansatzweise ersetzen, entgegnen die Stiftungen, dass sie nicht die Finanziere der Bürgergesellschaft sein können. Ihr Anteil an der gesamten Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist nominell gering und lässt sich nur in engen Grenzen steigern.

Handlungsfelder von Stiftungen in der Engagementförderung

Als zweites benennt das Positionspapier wichtige Handlungsfelder von Stiftungen in der Engagementförderung. Dazu zählen etwa der kommunale Raum und die Unterstützung lokaler Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement wie z.B. Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser oder Bürgerplattformen. Als Agenten gesellschaftlicher Innovation bieten Stiftungen an, ihre Expertise auch gezielt einzubringen in Entwicklungspartnerschaften oder die Organisationsentwicklung von Institutionen, die gesellschaftliche Veränderungen schaffen wollen. Im Schmieden von Netzwerken, Bündnissen und Kooperationen können Stiftungen dazu beitragen, Synergien in der Bürgergesellschaft zu produzieren und den Wissenstransfer zu unterstützen. Stiftungen können für Engagierte als Türöffner zu gesellschaftlichen Entscheidern fungieren und als »Anstifter« Dritte ermutigen, mit eigenen Ressourcen in die Engagementförderung einzusteigen.

Stiftungen bringen das nötige Know-How, die Ressourcen und die Unabhängigkeit dafür mit, als Moderatoren für gesellschaftliche Veränderungsprozesse aufzutreten und – auf Augenhöhe mit allen Beteiligten – Willensbildungs- und Beteiligungsprozesse zu moderieren. Qualifizierung und Wissensmanagement sind ebenfalls wichtige Elemente der Engagementförderung durch Stiftungen. Es gilt für sie zudem, Wertschätzung für Engagement und bürgerschaftliche Kompetenz in der Gesellschaft selbst zu verstärken.

Die Unterzeichner des Positionspapiers sehen sich auch als Verfechter einer aufsuchenden und integrativen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements – da, wo sie Initiativen und Projekte voranbringen, die sich mit sozialer Kohäsion und Integration auseinandersetzen oder wo sie dazu beitragen, Menschen mit geringer Bildung und sozialer Benachteiligung zur Mitgestaltung zu befähigen. Die Erprobung und Förderung von bottom-up-Konzepten wie Community Organizing werden explizit genannt.

Und schließlich wird auch die Engagementforschung als wichtiges Handlungsfeld aufgeführt: Denn nur auf der Basis gesicherten Wissens über den Gegenstand und seine gesellschaftliche Grundlagen kann Engagementförderung gelingen.

Zur Aufgabenteilung zwischen Politik und Stiftungen

Zwei Abschnitte des Positionspapiers widmen sich aus Sicht der Stiftungen einer sinnvollen Aufgabenteilung in der Engagementförderung. Auch wenn mit der Nationalen Engagementstrategie von 2010 eine erste übergreifende Strategie und damit ein staatliches Bekenntnis zur Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagement vorliegt, betont das Positionspapier, wie wichtig echte »Governance«-Strukturen sind, bei denen sich Akteure des Staates und der Gesellschaft auf Augenhöhe begegnen. Das hieße: Engagement ist nicht »nice to have« – und erst recht kein Ersatz-Dienst für staatliche Aufgaben. Staatliche Akteure müssten sich also viel stärker als Kooperationspartner zivilgesellschaftlicher Initiativen sehen – und nicht als »Zuwendungsgeber«.

Von der staatlichen Seite erwarten die Unterzeichner des Papiers verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung und Entwicklung bürgerschaftlichen Engagement – Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, Zuwendungsrecht usw. sowie die Grundsicherung einer guten Infrastruktur für Engagement. Gerade beim letzten Punkt – der Förderung von Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement vor allem im lokalen Raum – sehen Stiftungen aber auch sich selbst, andere zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Wirtschaft in der Verantwortung.

Weil Engagement öffentliche Räume und professionelle Kerne braucht, regen die Unterzeichner die öffentliche Hand – Bund, Länder und Kommunen – an, statt befristeter Programme und Modellprojekte mehr institutionelle Förderung von selbstständigen Strukturen vorzunehmen.

Für Staat und Stiftungen sollte Projektförderung sinnvollerweise nur ein Instrument neben anderen sein, um möglichst nachhaltig zu wirken. Beide Seiten sollten, so betont das Positionspapier, bei jeder Projektförderung schon früh bedenken, wie modellhafte Initiativen zu selbsttragenden Bewegungen entwickelt werden können. Eine Standardisierung von Förderanträgen und -kriterien könnte zudem eine hilfreiche Folge stärkerer Abstimmung sein.

Eine wichtige gemeinsame Aufgabe von Staat und Stiftungen sehen die Unterzeichner des Papiers schließlich in der Heranführung breiter Schichten an bürgerschaftliches Engagement sowie in der Ermöglichung von »Engagementlernen« während der gesamten Biografie.

Das Papier spricht sich auch dafür aus, Orte der Begegnung und des zielorientierten Austausches zwischen den Sektoren Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zu schaffen und zu stärken. Um eine spürbare Kultur des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu entwickeln, wird angeregt, dass Politik und Stiftungen den Diskurs über den Selbstwert der Gesellschaft und die bürgerschaftliche Verantwortung des Einzelnen möglichst breit öffnen und einer sichtbaren Anerkennungskultur für Engagement den Weg ebnen sollten.

Weil sich die Frage nach der Finanzierung des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementförderung auch in Zukunft immer wieder stellen wird, regen die Unterzeichner an, auch die - andernorts mittlerweile recht lebhaft geführte Debatte – über neue Finanzierungsinstrumente neben Spenden, Förderungen durch Stiftungen oder eben staatlicher Förderung voranzutreiben. Dazu gehört auch die Frage nach Kofinanzierung oder Koproduktion in Zusammenarbeit von gemeinnützigem, staatlichem und privatwirtschaftlichem Sektor.

Das Positionspapier verweist abschließend auf die Chance, dass die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Tage als eine gemeinsame Aufgabe aller Sektoren begriffen werden und dabei dem bürgerschaftlichen Engagement und der politischen Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiger Stellenwert zugemessen wird. Das würde zwangsläufig nicht nur den fruchtbaren Austausch aller Akteure befördern, die sich dem Leitbild einer lebendigen Bürgergesellschaft verpflichtet sehen – sondern auch die Bürgergesellschaft selbst.

Autorin

Karin Haist ist die Leiterin des Bereichs Gesellschaft der Körber-Stiftung. Sie leitet zudem das Forum Engagementförderung beim Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Kontakt:

Karin Haist
Körber-Stiftung
Kehrwieder 12
20457 Hamburg
Telefon: (0 40) 80 81 92-16 5
E-Mail: [haist\[at\]koerber-stiftung.de](mailto:haist[at]koerber-stiftung.de)
www.koerber-stiftung.de

Kontakt Redaktion

Stiftung MITARBEIT
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de